

Privatisierung ist Diebstahl !

Die herrschenden Altparteien haben unsere Heimat schon lange abgeschrieben und aufgegeben. Aus diesem Grund verscherbeln sie öffentliches Eigentum (Volkseigentum) an private Investoren und Trägerschaften zu Spottpreisen. Krampfhaft versuchen sie so die Pleite noch etwas hinauszuzögern. Mit dem Erlös werden dann Haushaltslöcher gestopft, die die etablierten Politiker durch ihre jahrelange Fehlpolitik selbst geschaffen haben. Natürlich fällt dabei immer auch ein „Happen“ für die volksfeindlichen Damen und Herren ab. Strom- und Wasserwerke, Krankenhäuser, Verkehrswege und vieles mehr stehen auf der ellenlangen Speisekarte der Kapitalfaschisten- und nimmersatten Heuschrecken.

Volkseigentum und staatliche Aufgaben

Öffentliches Eigentum ist Eigentum des Volkes. Es ist vom Volk geschaffene Infrastruktur, die der Sicherung der Lebensgrundlagen dient und damit den Fortbestand garantiert. Unser Volk hat diese Infrastruktur einst geschaffen und mit Steuern und Gebühren erhalten. Volkseigentum, egal in welcher Form, darf niemals marktwirtschaftlichen Überlegungen unterliegen! Rentabilität, Gewinnverpflichtung und Profite dürfen keine Rolle spielen. Reparatur, Instandhaltung, Qualitätsverbesserung und Weiterentwicklung müssen durch den Staat organisiert und getragen werden.

Der Staat hat einzig und alleine dem Wohl des Volkes zu dienen – er ist Mittel zum Zweck. Volkseigentum hat er daher zum Wohl des Volkes zu verwalten, zu erhalten und zu verbessern. Einem wahren Volksstaat muß es daran gelegen sein, die sozialen Einrichtungen und Bildungsstätten stetig qualitativ zu steigern, um so die im Volke schlummernden Kräfte zu wecken.

Natürlich ist das gegenwärtig in diesem Parteiensystem nicht der Fall. Im Gegenteil, der Staat ist zum Selbstzweck verkommen. Er ist Beute der Kapitalisten geworden und „unsere“ augenscheinlichen „Volksvertreter“ sind nichts weiter als Handlanger. Sie verspielen unsere Zukunft am „Roulettisch des Großkapitals“. Dies zu ändern, ist die große Aufgabe der Gegenwart.

Privatisierung ist Diebstahl am Volk

Angenommen, ich soll als Privatperson auf Sachen einer anderen Person aufpassen, verkaufe diese aber stattdessen, dann begehe ich Diebstahl. Der Diebstahl ist auch nicht dann entschuldbar, wenn ich mit dem eingenommenen Geld meine Spielschulden bezahle.

Nicht anders ist es mit dem öffentlichen Eigentum. Der Staat darf nicht das Recht haben, etwas zu verkaufen, was er ursprünglich im Sinne und zum Wohl des Volkes verwalten sollte. Die Heuchelei der Politiker, mit den Einnahmen Schulden – wohlbemerkt eigenverantwortete - zu bezahlen, ist keine Entschuldigung. Wenn ein Staat Volkseigentum verscherbelt – egal zu welchen Preisen –, dann nimmt er seine ureigene Aufgabe nicht wahr und verliert seine Daseinsberechtigung – er macht sich selber überflüssig.

Die Folgen der Privatisierung

In Deutschland wurde schon so ziemlich alles privatisiert. Kurz nach der Teilwiedervereinigung verschacherte die Treuhandgesellschaft das ehemalige Volkseigentum der DDR an Finanzhaie aus dem In- und Ausland.

>> bitte wenden



Volkseigentum muß allein dem Volkswohl dienen !

NPD
Die Nationalen

Privatisierung wird von den Etablierten stets als großer Fortschritt und als Allheilmittel gegen finanzielle Probleme in Kommunen verkauft. Gern verwenden sie dabei Argumente wie dieses, daß privat geführte Unternehmen Aufgaben effizienter lösen und dadurch eine ganze neue „Service-Kultur“ entstehen würde. Doch die Realität sieht anders aus!

Die neuen Besitzer sind nicht am Allgemeinwohl interessiert, zumal es sich bei dem Großteil der Käufer um zumeist ausländische Investoren handelt. Privatisierung führt fast ausschließlich immer zur Verschlechterung in Preis, Verfügbarkeit und Qualität. An Kostenfaktoren wie Personal, Instandhaltung, Reparatur und Investitionen wird gespart, um so die Gewinnspanne noch mehr zu erhöhen.

Selbst große öffentliche Einrichtungen machten vor der Privatisierung nicht halt. Als Beispiel sei hier nur die Deutsche Post genannt, die 1995 privatisiert wurde. Heute sehen wir, wie sich das Unternehmen aus der Fläche zurückzieht. Filialen werden im ganzen Land geschlossen und die Dienstleistung wird straff zurückgefahren. Größere Städte wie Anklam haben nicht einmal mehr ein Postamt.

Die NPD kämpft um das Eigentum des Volkes

Nicht nur außerparlamentarisch oder auf kommunaler Ebene in NRW kämpft die NPD gegen die Privatisierung. So hat z.B. auch die NPD-Fraktion in Schwerin bereits zwei fundierte Anträge in den Landtag von Mecklenburg und Vorpommern eingebracht.

Mit dem ersten Antrag sollte die Privatisierung kommunalen Wohneigentums unterbunden werden. Der zweite richtete sich gegen die Privatisierung im Allgemeinen.

Natürlich wurden diese beiden Anträge von den engstirnigen Etablierten abgelehnt. Von CDU/SPD/FDP war das nicht anders zu erwarten, sind sie doch schon längst nur noch Diener der Wirtschaft und damit des raffenden Kapitals. Daß aber gerade die Linke gegen den Antrag und somit für die Privatisierung stimmt, ist entlarvend, gleichzeitig aber auch bezeichnend für die Pseudosozialisten der SED-Nachfolgepartei, welche nun auch den Weg in den Westen sucht.



Die verantwortungslosen „Volksvertreter“ der Blockparteien handeln ohne Rücksicht auf Verluste und gegen das Wohl unseres Volks – sie sind nichts weiter als Marionetten des raffenden Kapitals. Es gibt nur eine wählbare Partei, die wirklich gegen die Privatisierung kämpft und folgerichtig die einzige antikapitalistische und soziale Alternative ist: die NPD!

Volkseigentum erhalten - Wir fordern:

► Auf kurze Sicht den sofortigen Stopp jedweder Privatisierung.

Notwendig sind dafür Bundes- sowie Landeshaushalte, die zukünftig mehr finanzielle Mittel zum Erhalt und Ausbau der öffentlichen Einrichtungen bereitstellen, so daß ein Übergang in privatwirtschaftliche Verantwortung und Nutzung ausgeschlossen werden kann.

► Auf lange Sicht die Zurückführung von privatisiertem Volkseigentum in die öffentliche Hand.

Privatisierung ist ein Teil der liberal-kapitalistischen Globalisierungsstrategie. Will man also die Privatisierung gänzlich beseitigen, bedarf es einer Überwindung des Kapitalismus. Erst ein sozialer und uns Deutschen dienender Volksstaat sowie eine bedarfsdeckende Volkswirtschaft werden der Ausbeutung ein Ende setzen können. Nicht das Geld ist Götzen, sondern stets das Wohl des Volkes Garant aller Entscheidungen. Dieser revolutionäre Akt verbunden mit einem Geisteswandel kann jedoch nicht von Einzelnen, sondern nur von der Gemeinschaft – dem ganzen Volk – herbeigeführt werden.

Getreu dem Grundsatz: Durch Nichtstun wurde noch nie etwas verändert!

INFO-GUTSCHEIN

- Ich bitte um Übersendung von Infomaterial (3 Briefmarken zu 0,55 € liegen bei).
- Ich möchte Mitglied der NPD werden (ab 16 Jahre).
- Ich möchte Mitglied der JN werden (ab 14 Jahre).

Name, Vorname	Alter
Straße, Nr.	
PLZ, Ort	
Telefon	
ePost	

Einsenden an:
NPD-NRW, Günnigfelder Str. 101a, 44866 Wattenscheid
 Tel. :: 02327 / 230619 ePost: info@npd-nrw.de

Unterstützen Sie uns mit einer Spende!
 NPD-NRW, Sparkasse Bochum
 Konto 11775079 , BLZ 430 500 01

Hier sprechen wir!

V.i.S.d.P.: Claus Cremer, Günnigfelder Str.101a, 44866 Wattenscheid, E.i.S.

www.npd-nrw.de

